

Pogromnacht - 80 Jahre

„Sie vergaßen, dass der Faschismus nichts anderes ist als auch eine Regierungsform, eine Regierungsform, zu der man greift, nachdem eine andere Regierungsform, nämlich die Demokratie, nicht mehr den Profit sicherstellen kann, nachdem mit den bisherigen Herrschaftsmethoden der Demokratie, nicht mehr zu regieren ist. Dann greift man zum Faschismus als ein Herrschaftsinstrument des Kapitalismus“

Willi Bleicher

Pogromnacht

vom

09. bis 10. November 1938

Gibt es zwischen der Pogromnacht, der faschistischen Mordnacht, vom 09.11. auf 10.11.1938 gegen unsere damalige jüdische Bevölkerung, unseren damaligen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und dem Königsbronner Johann Georg Elser der am 08. Nov. 1939 im Münchner Bürgerbräukeller ein Attentat auf Hitler durchgeführt hat einen Zusammenhang?

Eine Frage. Historisch bleibt sie wohl unbeantwortet.

Tatsache ist aber, und das ist aus der Biographie von Georg Elser, wie es in den Vernehmungsprotokollen der Gestapo beschrieben ist, bekannt, dass er im Herbst 1938 den Entschluss zur "Beseitigung der augenblicklichen Führung", wegen der drohenden Kriegsgefahr, fasste.

Hat sein Entschluss 1938, Hitler umzubringen, auch durch die Pogrome der Hitlerfaschisten gegen die jüdische Bevölkerung die Rechtfertigung erfahren, oder haben die Judenpogrome die Begründung für das Attentat gefestigt?

Mit dem 80. Jahrestag der Judenpogrome erinnern wir an die unmenschlichste, an die brutalste Herrschaftsform, die aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen heraus erwachsen ist und auch auf das Neue erwachsen kann.

Erinnern wir uns

Mit dem Vorwand seine Anliegen persönlich vorzutragen verschaffte sich der junge deutsche Jude Herschel Grynszpan Zutritt in das Gebäu-



Judenboykott bereits 1933

3 SA -Männer vor dem Kaufhaus Frank & Klau
(Heute Müller Markt am Eugen-Jaekle-Platz)
Luis Klau starb am 20.10.1938 (vergiftet) Seine Frau
Sophie wurde ins KZ Majdanek bei Lublin
verschleppt. Das Amtsgericht München erklärte sie
1949 für tot.

Für Luis und Sophie Klau sind vor dem heutigen
Müller-Markt 2006 Stolpersteine verlegt worden.

zu zerstören.

2. Jüdische Versammlungsräume, Synagogen in Brand zu stecken.

3. An den zerstörten Einrichtungen Transparente gegen die Juden anzubringen.

4. Dass das Eingreifen der Polizei und der Feuerwehr verboten ist.

Auch Heidenheim ist von diesem Befehl nicht verschont geblieben.

Auch in Heidenheim wurden Geschäfte zerstört und ausgeplündert.

Gedenkstein am Rathaus

Am Gedenkstein vor dem Rathaus finden sich Namen jüdischer Bürgerinnen und Bürger, die in die faschistischen Konzentrationslagern verschleppt und dort ermordet wurden.

Gründliche Arbeit

Rund 300 Synagogen sind demoliert und ausgebrannt, Tausende Geschäfte sind zerstört worden

Die Flammen, der in Brand gesetzten Synagogen kündigten den Weltbrand an.

Sie waren das unheilrohende Vorzeichen für Auschwitz, Buchenwald, Ravensbrück, Dachau und den Ghettos in viele europäischen Großstädten.



Judenboykott bereits 1933 vor dem Kaufhaus Wohlwert
(Heute Bayerische Vereinsbank)

de der Botschaft des Deutschen Reiches in Paris.

Er verletzte durch einen Pistolenschuss den Botschaftsrat Ernst von Rath, der dann am 09. Nov. 1938 verstarb.

Herschel Grynszpan wollte, so das Vernehmungsprotokoll auf das Schicksal der Juden in Deutschland aufmerksam machen.

Befehle zur Vernichtung

Hitler erlässt am selben Abend durch Göbbels und durch den gesamten faschistischen Informationsapparat den Befehl an alle Parteigliederungen,

1. Sämtliche jüdische Geschäfte sofort

Diese Nacht, diese Pogromnacht, war die Spitze und zugleich der Ausgangspunkt der Vernichtung der Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten. Die Vernichtung von Andersdenkender und gesellschaftlicher Minderheiten.

Diese Novembernacht war zugleich eine faschistische Zwischenbilanz, hin zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges im Sinne der deutschen Rüstungsmonopolen und der Banken.

Der ganze Komplex rund um die Pogromnacht diente den Nazis für ihre geplante Politik.

So war die inszenierte Pogromnacht mehr als nur ein Hinweis auf die bevorstehenden fa-

schistischen Eroberungskriege. Es war auch ein deutlicher Hinweis an die Herren in den Konzern- und Banktagen. Es war der Hinweis auf Zwangsarbeit, Zahngold, und Zyklon-B. Die Vernichtungsgewinne flossen zu Schering und IG Farben, zu VW und Krupp und in die Tresor der Banken.

Ist sie, unsere faschistische Vergangenheit aufgearbeitet?

Zu Recht werden heute von den in den faschistischen Konzentrationslagern Gedemütigten, den Zwangsarbeitern die in die Rüstungsbetriebe verschleppt worden sind, oder von deren Angehörigen, Wiedergutmachungen gefordert für die ihnen zugefügten menschlichen, sachlichen und politisch-moralischen Schäden.

Der alltägliche, abgedroschene Satz, dass aus der Geschichte zu lernen sei, muss Inhalt für das eigene Verhalten wie Zivilcourage, Mitleid, Verantwortung, Verweigerung, Solidarität und Widerstand bekommen. Widerstand insbesondere gegen die neuen Formen und Strategien des deutschen Neofaschismus.

Wie lässt sich des 09. November gedenken, ohne die Frage aufzuwerfen, was geschieht um auszuschließen, dass in unserem Lande jemals wieder die Würde des Menschen und sein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verletzt werden kann?

Die Flutwelle des Rassismus, die neofaschistische Gewalt, die nicht aufhört, die Brandanschläge, die neofaschistischen Gewalttaten in



Aufmarsch der Hitlerjugend (HJ) in der Karlstraße zum Eugen-Jaekle-Platz
Kaufhaus Frank & Klau heute Müller Markt

Städten und Gemeinden, die Aufmärsche von Neofaschisten in unseren Nachbarstädten und Bundesländern können nur mit gemeinsamem Widerstand verhindert werden.

Erst dann, wenn es gelungen ist, dass Neofaschismus und der Ausländerhass gesellschaftlich überwunden ist, erst dann wenn der Faschismus mit seinen Wurzeln ausgerottet ist, können wir feststellen und sagen: Wir haben aus der Geschichte gelernt.

Haben wir gelernt?

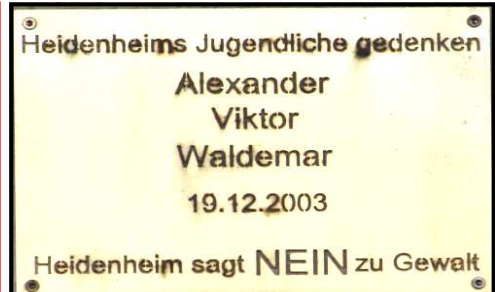
In der Zeit von 1933 bis 1945 verspürten viele bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten, Linke, und Kommunisten, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sinti und Romas, Homosexuelle, Menschen und Kinder mit Behinderungen, die Gewalt des Hitlerfaschismus in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern in allen Ländern Europas.

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Ort: _____
 eMail: _____ Telefon: _____

Bitte einsenden an: W. Benz, Schumannstr. 3 - 89518 HDH



Heidenheim war am 19. Dezember 2003 Tatort. Es wurden drei junge Heidenheimer Mitbürger vor der damaligen Diskothek K2 von einem Neonazi ermordet. Die oben abgebildete Gedenktafel ist heute nicht

mehr zu sehen, sie wurde entweder entfernt oder mit einer Fassadenverkleidung überdeckt. Heute sind Neofaschisten in fast allen Ländern Europas auch in Regierungen wieder vertreten und aktiv.

Wir sehen die Ursachen und die Gewaltbereitschaft des Neofaschismus im Abbau sozialer und demokratischer Rechte, in der Arbeits- und Jugendarbeitslosigkeit, der Obdachlosigkeit und in einer verfehlten Bildungs- und Kulturpolitik. Wir sehen die Wurzeln des Neofaschismus in der Verwertungs- und Kapitalpolitik, die für viele Menschen Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst schafft, aus der sich Fremdenfeindlichkeit und so auch Neofaschismus herausbildet.

Gemeinderat Resolution gegen Rechts

Im Mai 2012 bekannte sich der Gemeinderat der Stadt Heidenheim in einer einstimmigen Erklärung gegen den Rechtsextremismus.

Niemand darf wegen seiner Abstammung, Nationalität, Religion, Kultur oder Hautfarbe ausgegrenzt, diskriminiert oder bedroht werden. Heidenheim sei eine offene Stadt, die in jeglicher Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt ablehnt. „Wir treten für eine Stadt ein, in der Vielfalt und Unterschiede als Chance begriffen, Ausgrenzung und Diskriminierung geächtet werden“, wurde beschlossen.

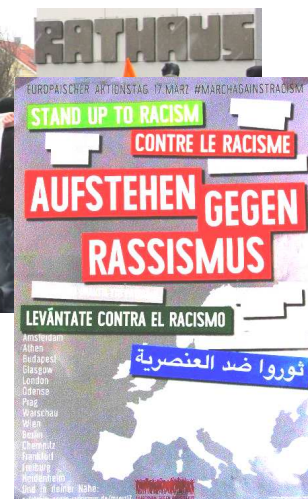
Auszug: HNP 22.05.2012

Die AfD ist nicht die Partei der arbeitenden Menschen Der Faschismus heute - im neuen Kleid

Die AfD versucht, sich als Stimme der „kleinen Leute“ zu inszenieren. Gleichzeitig hetzt sie gegen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht-deutscher Herkunft und anderer Glaubensrichtungen. Solche rassistische Spaltungsversuche müssen zurückgewiesen werden. Unsere Alternative heißt Solidarität. Nur, wenn wir uns nicht spalten lassen, können wir den Kampf für unsere sozialen Rechte gewinnen.



Antifaschistische Demonstration
Dezember 2013 gegen die Morde vor der
Diskothek K2
Rechts: Das Werbeplakat der VVN-BdA
gegen den Parteitag der AfD im März 2018



Was meint die AfD?

Die AfD ist nicht die Partei der arbeitenden Menschen. Sie sagt:



Sozialstaat: Weniger Ausgaben für Soziales, für Arbeitslose, Renten und Gesundheit, mehr privates Risiko bei Krankheit und Arbeitslosigkeit

Rentenkonzept: Sie hat keins. Ihr Bundessprecher will „staatlich erzwungene private Vorsorge“ Sie befürwortet die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters.



Arbeitslosengeld: Das Arbeitslosengeld soll privatisiert werden. Arbeitgeber sollen die Arbeitslosenversicherung nicht mehr mitfinanzieren.

Um nur ein paar Beispiele anzudeuten

Der Stimmengewinn der AfD ist nicht nur ein Thema der „großen Politik“, sondern ein Thema der „kleinen Leute“. Deshalb bei Wahlen: **Keine Stimme der AfD!**